



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

32. Sitzung (öffentlich)

18. Januar 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:10 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

7

Als neuer TOP 2 wird eine Aktuelle Viertelstunde eingefügt.
Die Nummerierung der nachfolgenden Punkte verschiebt
sich entsprechend.

1 Initiative für familienfreundliche Krankenhäuser in Nordrhein- Westfalen

7

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1920

– Zuziehung von Sachverständigen

Eine Übersicht über die Sachverständigen und die Stellung-
nahmen ist den folgenden Tabellen zu entnehmen.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen e. V. (KGNW)	Lothar Kratz	15/1212	11
ver.di – Landesbezirk NRW	Dr. Bernd Tenbensen	15/1202	13
Marburger Bund – Landesverband NRW/RLP	Rolf Lübke	-	15
Stadt Hamm, Fachbereich Jugend, Gesundheit und Soziales	Theodor Hesse	15/1208	17
Deutscher Berufsverband für Pflegerberufe – Regionalverband Nordwest	Maritta Mauritz	-	19
Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) – Landesvertretung Nordrhein-Westfalen	Dirk Ruiss	15/1328	21

2 Aktuelle Viertelstunde**23**

auf Antrag der Fraktion der SPD

Thema: PIP- und Rofil-Brustimplantate

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) informiert den
Ausschuss über den aktuellen Sachstand.

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012
(Haushaltsgesetz 2012)****30**

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3400

a) Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Vorlage 15/1095

– Bericht der Landesregierung

b) Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration
Vorlage 15/1024

– Bericht der Landesregierung

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) und Minister Guntram Schneider (MAIS) geben Einführungsberichte zu den Einzelplänen ihres jeweiligen Ressorts ab.

4 Gesetz zum Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften 41

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/3493

Der Ausschuss will zu diesem Gesetzentwurf nach Möglichkeit gemeinsam mit dem mitberatenden Rechtsausschuss eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchführen.

5 Gesetzliche Regelung zur Veröffentlichung von Prüfberichten im Wohn- und Teilhabegesetz umsetzen und zur Verbesserung der Transparenz von Betreuungseinrichtungen beitragen 43

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3527

Der Ausschuss will diesen Punkt in seiner Sitzung am 1. Februar 2012 erneut behandeln.

6 Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 47

Antrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3537

Der AGSI-Ausschuss erwägt zu diesem Thema ein gemeinsames Treffen mit den niederländischen Parlamentsausschuss für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport in einer grenzüberschreitenden Pflegeeinrichtung.

- | | | |
|-----------|--|-----------|
| 7 | Bildungsvoraussetzungen für Pflegeberufe | 48 |
| | Vorlage 15/1137 | |
| | – Kurze Diskussion | 49 |
|
 | | |
| 8 | Problematik der E-Zigaretten | 50 |
| | Vorlage 15/1136 | |
| | Das MGEPA beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. | |
|
 | | |
| 9 | Bericht über den Stand der Erarbeitung einer Rechtsverordnung gemäß § 23 Abs. 8 des Infektionsschutzgesetzes | 52 |
| | Vorlage 15/1128 | |
| | Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. | |
|
 | | |
| 10 | Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften | 54 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944 | |
| | Ausschussprotokoll 15/320
Vorlage 15/1038 | |
| | Die abschließende Beratung und Abstimmung zu diesem Punkt soll in der AGSI-Ausschusssitzung am 1. Februar 2012 stattfinden. | |

11 Integration stärken – regionale Bildungsbüros einbeziehen! 55

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3530

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Günter Garbrecht kommt der zur Mitberatung aufgerufene AGSI-Ausschuss überein, das weitere Beratungsverfahren des federführenden Ausschusses für Schule und Weiterbildung abzuwarten, der an diesem Tag ein Sachverständigengespräch zu diesem Antrag durchgeführt hat.

**12 „Auf dem Weg in ein inklusives NRW“ 56
Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in
Nordrhein-Westfalen voranbringen**

Antrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2361

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen Drucksache 15/2361 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linker bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP an.

13 Leiharbeit im BLB beenden! 60

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1307

Ausschussprotokoll 15/342

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung zu diesem Punkt zu verschieben.

- 14 Auswirkungen der Urteile des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. November 2011 (Aktenzeichen: 2 C 50.10, 2 C 53.10, 2 C 65.10 und 2 C 70.10) 61**

Vorlage 15/1120

Dieser Punkt wird abgesetzt.

- 15 Verschiedenes -**

* * *

10 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

Ausschussprotokoll 15/320
Vorlage 15/1038

Vorsitzender Günter Garbrecht erklärt, mit diesem Tag laufe für die zahlreichen mitberatenden Ausschüsse die Möglichkeit zur Mitwirkung am Gesetzgebungsverfahren ab. Folgende Ergebnisse lägen vor:

- Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr: kein Votum
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation: kein Votum
- Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend: kein Votum
- Haupt- und Medienausschuss: kein Votum
- Haushalts- und Finanzausschuss: kein Votum
- Innenausschuss: Votum steht noch aus
- Ausschusses für Innovation, Wissenschaft und Forschung: steht noch aus
- Ausschuss für Kommunalpolitik: kein Votum
- Kulturausschuss: kein Votum
- Rechtsausschuss: voraussichtlich kein Votum
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung: kein Votum
- Sportausschuss: kein Votum
- Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: kein Votum
- Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: kein Votum

Jedenfalls in der letzten Phase der Beratungen sei den mitberatenden Ausschüssen nicht unbekannt gewesen, dass der federführende AGSI-Ausschuss einen von allen Fraktionen getragenen Gesetzentwurf erreichen wolle, so der Vorsitzende. Insofern hätte er sich eine inhaltliche Beratung des Gesetzentwurfs in allen betroffenen Ausschüssen gewünscht, wolle diesen Ablauf jetzt allerdings auch nicht überbewerten.

Nach den intensiven Beratungen in den Fraktionen, im AGSI-Ausschuss und im Unterausschuss Integration sei man sich inzwischen allerdings auch inhaltlich weitgehend einig und könne die abschließende Beratung und Abstimmung im AGSI-Ausschuss am 1. Februar 2012 und die abschließende Lesung im Plenum am 8. Februar 2012 durchführen.

